

Die Ratssitzung am 4. April 2017



Inhalt „Rat im Rückblick“:

Rat im Rückblick

Aktuelle Stunde zum Bau der neuen Rheinbrücke

CDU/GRÜNE/FDP-Antrag „Regionale Kooperation voranbringen“

SPD/LINKE/Pirat-Antrag „KölnPass ausweiten“

SPD-Antrag „Mehr Sicherheit – 100 zusätzliche Ordnungskräfte für die Veedel“

Linke-Antrag „Braunkohleverbrennung in Merkenich beenden“

Pirat-Antrag „kooperatives Mitglied bei Transparency International“

TOP 10.3 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung

TOP 10.9 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat

TOP 10.12. Planungsbeschluss für Werkstattneubau Bühnen

TOP 10.15 Einführung der Ehrenamtskarte

TOP 10.20 Luftreinhalteplanung Stadt Köln

TOP 10.25 Gute Schule 2020 Umsetzung

TOP 10.29 Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte

TOP 10.30 Kooperatives Baulandmodell

TOP 17.5 Neue Sachkundige Einwohnerin der grünen Ratsfraktion

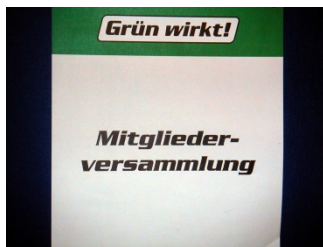
TOP 23.6 Anmietung und Ankaufoption der Internationalen Friedensschule

Rat im Rückblick

28. Sitzung des Rates am 04.04.2017

Mehr als 8 Stunden tagte der Rat in seiner 28. Sitzung. Kurz vor Mitternacht waren dann alle 66 Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Der Landtagswahlkampf bestimmte viele Debatten und Kontroversen. Vor allem die SPD war im Wahlkampfmodus mit diversen „Show-Anträgen“ ohne ernsthaften Nutzen für die Stadtpolitik. Den Auftakt machte allerdings die FDP-Fraktion mit einer Aktuellen Stunde. Trotzdem wurden vom Rat zahlreiche wichtige Entscheidungen getroffen – zur Wohnraumschutzsatzung, zum Kooperativen Baulandmodell, zur Ehrenamtskarte, zur Luftreinhalteplanung, zum Schulbau ... Kurz und bündig nun in „Rat im Rückblick“.

Aktuelle Stunde zum Bau der neuen Rheinbrücke



Hat die FDP die Beschluss der GRÜNEN tatsächlich gelesen oder doch nur die Express-Schlagzeile? Die FDP fragt scheinheilig: [„Gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen den Bau der neuen Rheinbrücke im Kölner Süden?“](#)

„Die Antwort lautet ganz einfach „Nein“. Wir nehmen nur den Minister ernst, der alle von der Maßnahme betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die Interessensverbände, die Kreise und Kommunen bereits vor den

ersten Planungen mit einbeziehen will, um in einem Werkstattverfahren gemeinsam Trassenvarianten zu erarbeiten, die dann in eine vertiefte Prüfung eingehen. Dies ist gut, damit uns nicht wieder so etwas droht wie bei der Leverkusener Brücke, wo die Forderung nach breiteren Radwegen gleich angebliche Verzögerungen um mehrere Jahre bedeutet haben.“, stellte **Lino Hammer**, verkehrspolitischer Sprecher, die Position der GRÜNEN klar.

Die GRÜNEN betonten die große Bedeutung des Vorhabens für die Region. „Deswegen wäre es törricht, sich von vornherein auf eine Autobahntrasse festzulegen, denn der gesamte Raum von der Friedrich-Ebert-Brücke in Bonn bis zur Rodenkirchener Brücke in Köln ist unter Einbeziehung des Schienen-, Straßen-, und Radverkehrs sowie des Personen- und Güterverkehrs zu betrachten. Allerdings wäre eine Trasse, die Wohn- und Naturschutzgebiete massiv beeinträchtigt, nicht akzeptabel.“, so Lino Hammer weiter.

Bislang wurde eine Schienenverbindung nicht in die Planung aufgenommen. Sie hätte jedoch für den Personennahverkehr und für die Güterferntransporte erhebliche Synergieeffekte. Sie würde die logistische Verbindung zum geplanten neuen Hafen Lülsdorf erst ermöglichen. Der Hafen Lülsdorf macht den Ausbau des Godorfer Hafens in ein Naturschutzgebiet erst recht überflüssig. Nahverkehr Rheinland denkt über eine weitere Flughafenanbindung aus dem Linksrheinischen nach. Doch für Fakten interessiert sich die FDP nicht, sie betreibt plumpe Wahlkampfgetöse als Autofahrer-Partei. Ihre Absage an eine Schienenverbindung ist Wasser auf die Mühlen der Ausbaubefürworter des Godorfer Hafens - allen voran die SPD.

CDU/GRÜNE/FDP-Antrag „Regionale Kooperation voranbringen“

Der gemeinsam mit CDU und FDP eingebrachte und beschlossene [Antrag „Köln kooperiert – regionale Kooperation voranbringen“](#) beauftragt nun die Verwaltung, im Rahmen der Verwaltungsreform das Verwaltungshandeln für die regionale Kooperation zu bündeln und weiterzuentwickeln. Der bereits erteilte Ratsauftrag zur Konzentration und Stärkung des Fördermittelmanagements soll dabei auch umgesetzt werden. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle [„Region Köln/Bonn e.V.“](#) erfolgen, dessen fachliche Expertise und Erfahrung intensiv genutzt werden soll.

Die begonnenen rechts- und linksrheinischen Kooperationen sollen gestärkt und verstetigt werden. Dabei wird auf den gestarteten Wettbewerbsverfahren [„StadtUmland.NRW“](#) (Kooperation mit

linksrheinischen Gebietskörperschaften) und „Raumperspektive 2025 (Kooperation mit rechtsrheinischen Gebietskörperschaften) aufgesetzt. Die Kernaufgaben bestehen darin, gemeinsame Projekte für eine zukunftsfähige Infrastrukturentwicklung – vor allem in der Schulversorgung, der Wohnraumversorgung, der Mobilität und der Bereitstellung von Gewerbeflächen - zu entwickeln.

SPD/LINKE/Pirat-Antrag „KölnPass ausweiten“

Alle Jahre wieder zieht die LINKE ihren Antrag auf „[Erweiterung des Berechtigtenkreises des Köln-Passes von 130% auf 140%](#)“ aus der Schublade. Erstaunlich ist, dass nun



auch die SPD als Mitantragstellerin auftritt. In den letzten Jahren hat sich die SPD dafür nie erwärmen können und erteilte zuletzt den Linken in den Haushaltsplanberatungen 2015 und 2016 eine Absage. Ein Schelm, wer Wahlkampf dabei denkt.

Der [Köln-Pass](#) ist ein Kölner Erfolgsmodell: Fast 160.000 Bürgerinnen und Bürger nehmen den Köln-Pass in Anspruch und können dadurch am gesellschaftlichen Leben dieser Stadt teilnehmen. In den letzten Jahren wurde der Berechtigten-Kreis stetig erweitert, zuletzt in 2011 auf 130% der Sozialhilfe bzw. der jeweiligen Regelbedarfsstufe des Arbeitslosengelds II. Damit ist Köln bundesweit Vorreiterin, da viele Kommunen an 100% festhalten.

„Uns ist zunächst wichtig, dass die Bewerbung des KölnPasses verbessert wird, damit noch mehr Menschen, die schon zum Berechtigten-Kreis gehören, diesen auch tatsächlich in Anspruch nehmen.“, erklärte **Marion Heuser**, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN. Zurzeit sind dies nur 66 %. Hierfür soll die Verwaltung dem Rat einen Vorschlag machen. Marion Heuser erinnerte die Verwaltung zudem an den bereits erteilten Prüfauftrag zur weiteren Ausweitung des Berechtigten-Kreises auf 140%. Die Beantwortung der immer noch offenen Fragen, z.B. auch zur Finanzierung, ist eine wichtige Voraussetzung, um über eine Ausweitung politisch entscheiden zu können. Der SPD/Linke/Piraten-Antrag wurde vom Rat daher mehrheitlich in die Haushaltsplanberatungen 2018 verwiesen.

SPD-Antrag „Mehr Sicherheit – 100 zusätzliche Ordnungskräfte für die Veedel“

Erneut behelligte die selbsternannte Sicherheitspartei SPD den Rat mit einem populistischen [Antrag](#).



„Ihr Antrag ist schier überflüssig und raubt nur Sitzungszeit.“, kritisierte **Manfred Richter** für die grüne Fraktion.

Richter rechnete vor, dass von den zuletzt bereits - mit Zustimmung der GRÜNEN - zugesetzten 100 Stellen im Ordnungsdienst bislang nur 54 besetzt werden konnten. Es wurden über 3.300 Bewerbungen ausgewertet und über 1800 Personen getestet. „ Es ist offensichtlich nicht

so einfach, geeignetes Sicherheitspersonal zu finden, wollen wir nicht einschlägig vorbelasteten Personen zu solchen Jobs verhelfen.“, so Richter. Den Ratsauftrag zur Umstrukturierung des Bezirksordnungsdienstes hatte der ehemalige Stadtdirektor Kahlen (SPD) nicht bearbeitet. Dieses Versäumnis holt nun der neue Stadtdirektor Dr. Keller nach. Das Ergebnis soll in Kürze vorliegen. Weil überflüssig, wurde der SPD-Antrag mit breiter Mehrheit abgelehnt und der [Änderungsantrag von CDU, GRÜNE und FDP](#) beschlossen.

Darin wird die Verwaltung beauftragt, im Zusammenhang mit der bereits für 2017 geplanten Evaluation des Konzeptes „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst“ dem Rat Maßnahmen zur Stärkung des städtischen Ordnungsdienstes vorzulegen. Das beinhaltet auch die weitere Ausgestaltung und den personellen Ausbau der Ordnungspartnerschaften in den Stadtbezirken.

Linke-Antrag „Braunkohleverbrennung in Merkenich beenden“

Der offenbar wahlkampfbedingte [Linke-Antrag](#) ist weder ökologisch noch technisch sinnvoll. Dies



belegte **Gerd Brust**, umweltpolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion, so eindrucksvoll, dass die Linke von ihrem Antrag Abstand nahm und sich dem [Änderungsantrag von CDU, GRÜNE und SPD](#) anschloss. Der Änderungsantrag wurde letztlich mit einer kleinen Ergänzung mit sehr breiter Mehrheit beschlossen.

„Würde die RheinEnergie – wie im Linke-Antrag beschrieben - verpflichtet, den Braunkohlekessel in Merkenich nur noch „im Ausnahmefall“, z.B. bei kühler Witterung anzufahren, wäre dies technisch gar nicht möglich. Denn jedes Abfahren der Wirbelschichtanlage würde mehrere Tage in Anspruch nehmen. Die hohen Energieverluste durch häufigeres Anwärmen und Abkühlen des Kessels wären auch unter Umweltgesichtspunkten überhaupt nicht verantwortbar.“, stellte Gerd Brust klar.

Das Kraftwerk ist heute für die Versorgungssicherheit des Fernwärmenetzes im Kölner Norden und vor allem für die Wärme- und Dampfversorgung der angeschlossenen Industrieunternehmen unverzichtbar. Diese Industrieunternehmen haben im Vertrauen auf die Versorgungssicherheit durch das Kraftwerk Merkenich ihre eigenen Erzeugungsanlagen stillgelegt, was zu einem drastischen Rückgang der Emissionen im Kölner Norden geführt hat. Für den Ausstieg aus der Braunkohle in Merkenich ist eine Substitution durch einen anderen Brennstoff oder die Investition in eine Ersatzanlage notwendig. Dr. Dieter Steinkamp, Vorstandsvorsitzender der RheinEnergie, erläuterte im Rat, dass RheinEnergie dies aktuell untersuche. So solle z.B. Klärschlamm statt Braunkohle verwendet werden.

Pirat-Antrag „kooperatives Mitglied bei Transparency International“



Die [Initiative](#) wurde von allen demokratischen Fraktionen im Grundsatz begrüßt. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Jörg Detjen (Linke), beantragte im Auftrag der demokratischen Fraktionen die weitere Behandlung des Antrags im Rechnungsprüfungsausschuss, Finanzausschuss und Ausschuss Allgemeine Verwaltung.

Zuvor erklärte Hans-Jochen Hemsing, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) dem Rat, dass als Konsequenz aufgedeckter Korruptionsfälle in den späten 1990er Jahren der Rat einen umfassenden Maßnahmenkatalog beschlossen hat, der auch umgesetzt wurde und wird. So wurde eine Vielzahl von Maßnahmen implementiert, um Korruption wirksam zu bekämpfen und präventiv tätig zu werden. Die Korruptionsbekämpfung ist darüber dem RPA als Aufgabe zugewiesen und wird insbesondere durch die beim RPA tätige Antikorruptionsbeauftragte wahrgenommen. Die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft würden somit von der Stadt Köln größtenteils erfüllt, daher würde eine Mitgliedschaft bei Transparency International durchaus befürwortet. In den Ausschüssen soll nun geklärt werden, welche konkreten Voraussetzungen die Verwaltung bei einer Mitgliedschaft zu erfüllen habe.

SPD-Antrag „Neugestaltung der westlichen Domumgebung“

Mit diesem [Antrag](#) zündete die SPD eine richtige Nebelkerze. In alter SPD-Tradition sollte der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern mal wieder kleinteilig und kleinlich vorgeschrieben werden, wie die westliche Domumgebung auszusehen habe – ohne die Bürgerinnen und Bürger überhaupt zu fragen.

Der Planungsbeigeordnete Franz-Josef Höing erklärte dazu unmissverständlich im Rat, dass die Verwaltung zu allen im SPD-Antrag genannten Themen bereits Planungen bzw. Rahmenkonzepte für die westliche Domumgebung integriert entwickelt. Diese seien in den zuständigen Gremien

regelmäßig beraten worden. Dies betrifft die Aufwertung der Domumgebung, die Via culturalis, die Vorbereitung einer „Immobilienstandortgemeinschaft“ für den Bereich Marzellen- und Komödienstraße, das Verkehrskonzept Altstadt, das Fahrradkonzept Innenstadt, das Gestaltungshandbuch usw. Dies kann den SPD-Ratsmitgliedern in den Fachgremien nicht entgangen sein. Vielmehr wollten sie mit ihrem Show-Antrag für sich Weitsicht suggerieren. Doch diese allzu durchsichtige Wahlkampfposse flog schnell auf. Die GRÜNEN und auch die anderen demokratischen Kräfte – außer der Linken – kritisierten den SPD-Antrag als unnützes Plagiat und beantragten, diesen Antrag für erledigt zu erklären. Dies fand eine breite Mehrheit.

TOP 10.3 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung

Ein wichtiger Erfolg ist der Ratsbeschluss zur [Fortführung der Aufgaben der](#)



[Wohnraumschutzsatzung](#). Angesichts des akuten Mangels an Wohnungen hat die Anwendung der Satzung eine große Bedeutung, weil damit der Schutz von freifinanziertem Wohnraum vor ungenehmigter Zweckentfremdung gewährleistet werden kann. Der Ratsbeschluss erfolgte schließlich auch mit dem Votum der SPD, die am 31.3.2017 im Stadtentwicklungsausschuss noch gegen einen Zusatzantrag von CDU, GRÜNE und Linke gestimmt hat. Kern des Zusatzantrags ist das konsequente Vorgehen gegen den Missbrauch von Wohnraum als kommerziell betriebene Ferienwohnungen. Die Verwaltung wurde beauftragt, juristische Schritte – in Zusammenarbeit von Wohnungsamt, Bauaufsicht und Steueramt - zur Eindämmung von Ferienwohnungen, die gegen die Wohnraumschutzsatzung verstoßen, zu prüfen.

TOP 10.9 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat

Nach monatelangen intensiven Beratungen wurde nun mit breiter Mehrheit eine Verbesserung für



das [Live-Streaming der Ratssitzung](#) beschlossen. Der gemeinsam ausgehandelte [Änderungsantrag von CDU, GRÜNE, SPD und FDP](#) legt die Einzelmaßnahmen fest. Der Vorschlag auf Initiative von Piraten und GUT, zu dem sich auch die Linke gesellte, die Ratssitzung auf dem städtischen YouTube-Kanal öffentlich zu archivieren, fand keine Mehrheit. In fast allen demokratischen Fraktionen befürchteten Ratsmitglieder, dass ihre aufgezeichneten Redebeiträge infolge von gezielten Manipulationen missbraucht werden könnten. Solcher illegalen Praktiken bedienen sich zunehmend rechtsextreme Kräfte im Internet, um Demokraten zu diffamieren.

TOP 10.12. Planungsbeschluss für Werkstattneubau Bühnen

Keine Mehrheit fand der [Vorschlag der Bühnenleitung](#) für die Freigabe von 700.000 Euro zur Planung einer neuen Bühnenwerkstatt bis Leistungsphase 3 auf dem Areal des WDR in Bocklemünd. Bekanntlich besteht seit 2015 eine Produktionskooperation zwischen dem WDR und den städtischen Bühnen. Insbesondere bei CDU und SPD bestehen große Vorbehalte, nun Planungsmittel für einen Hallenneubau bereitzustellen, obwohl die Notwendigkeit einer modernen und wirtschaftlich optimierten Werkstatt Bestandteil des Gesamtanierungsvorhabens der städtischen Bühnen ist. In 2011 stimmte eine breite Mehrheit dafür, die Werkstatt nicht am Offenbachplatz einzurichten, sondern ausgelagert zu betreiben. Die derzeit genutzte Werkstatt befindet sich in einer angemieteten Halle an der Oskar-Jäger-Straße. CDU und SPD kritisieren, dass die ursprünglich geplante Anmietung einer WDR-Halle für die Werkstatt aus technischen Gründen (Statik) gescheitert ist.

Der nach schwierigen Verhandlungen beschlossene Kompromiss, der im gemeinsamen [Änderungsantrag von SPD, CDU, GRÜNE und FDP](#) dokumentiert ist, gibt nun der Bühnenleitung auf, „zur bereits dargestellten Planung eines Werkstattneubaus auf dem benannten Grundstücksareal des WDR Alternativstandorte im Stadtgebiet zu prüfen.“

Außerdem sollen „auf Basis der Absichtserklärung von Bühnen der Stadt Köln und WDR, über den Werkstattneubau hinaus zukünftig zusätzliche Kooperationsbereiche“ erschlossen werden. Eine Erlöskalkulation durch zukünftige Fremdaufträge, eine Kalkulation von Aufwandsminderungen durch eine optimierte Logistik, eine Kalkulation der Einnahmen aus Mehraufführungen durch vereinfachte Bühnenbildmontage sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses sollen jetzt ermittelt und dargelegt werden. Für die Werkstatt an der Oskar-Jäger-Str. soll nun der Mietvertrag verlängert werden, ohne den Betriebskostenzuschuss aus dem städtischen Haushalt zu erhöhen.

TOP 10.15 Einführung der Ehrenamtskarte

Einstimmig billigte der Rat die [„Einführung der Ehrenamtskarte NRW“](#). Sie ist neben dem



Ehrenamtstag und dem Ehrenamtspreis „Köln engagiert“ sowie den Aktivitäten des Netzwerks Bürgerengagement ein weiteres Mittel zur Förderung des Engagements und ein Signal der Stadt an ihre engagierten Bürgerinnen und Bürger. In Köln engagieren sich rd. 200.000 Menschen ehrenamtlich. Wer durch seine freiwillige und unentgeltliche Arbeit die Anforderungen für die Ehrenamtskarte erfüllt (5 Stunden die Woche oder 250 Stunden im Jahr), kann künftig eine Reihe von Vergünstigungen in unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erhalten. Gleichgestellt sind auch Inhaberinnen und Inhaber der Jugendleiterkarte.

„Wir freuen uns, dass wir mit der Ehrenamtskarte unserem Dank und der Anerkennung für das beeindruckende Engagement vieler Menschen in Köln Ausdruck verleihen können“, so **Marion Heuser**, sozialpolitische Sprecherin.

TOP 10.20 Luftreinhalteplanung Stadt Köln

Erwartungsgemäß war die [Beschlussvorlage](#) des Umweltdezernenten Dr. Harald Rau Anlass für



heftige Kontroversen zwischen den Fraktionen. Mit ihrem Vorschlag geht die Verwaltung in die Offensive, nun zügig „ein Gesamtkonzept mit der Auflistung effektiver kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung mit Wirkungsabschätzung und Kosten“ zu erarbeiten. Dazu hat der Umweltdezernent einen „Runden Tisch“ in Absprache mit der Bezirksregierung Köln gegründet, an dem alle

relevanten Akteure teilnehmen. Dies haben CDU und GRÜNE begrüßt.

Die FDP-Fraktion tat sich mit ihrem [Änderungsantrag](#) mal wieder als rücksichtslose populistische Lobby angeblicher Autofahrer-Interessen hervor, in dem sie allein schon die Prüfung jeder Maßnahme, die zur Einschränkung der KFZ-Nutzung führen könnte, von vornherein verbieten will.

Die SPD-Fraktion, die sich derzeit im Wahlkampf als „Kümmerer“ aufbläst, „[um die Kölner Bevölkerung effektiv vor Gesundheitsbeeinträchtigungen zu schützen](#)“, stand der FDP nur wenig nach. Die ergebnisoffene Prüfung von Diesel-Fahrverboten, die temporäre Sperrung von hochbelasteten Straßen und die City-Maut möchte auch sie untersagen.

„Angesichts der akuten Gefährdung der Bevölkerung durch Stickstoffdioxid plädieren wir für die tabulose Prüfung aller sinnvoll erscheinenden Maßnahmen auf ihre kurzfristige Wirksamkeit.“, erklärte hingegen **Jörg Frank** für die grüne Fraktion.

„Die Zunahme der Luftschadstoffbelastung war seit längerem absehbar. Die jahrelange Untätigkeit und die Versäumnisse der Bundesregierung, vor allem von Verkehrsminister Dobrindt, haben nun zu unhaltbaren Zuständen in unseren Städten geführt. Der Autoindustrie haben sie freie Hand gelassen,

anstatt Regeln für schadstoffärmere Fahrzeuge durchzusetzen. Eine bundeseinheitliche Regelung zur Senkung der Schadstoffbelastung lehnt die große Koalition immer noch ab. Die Einführung der blauen Umweltzone wird so verhindert. Aber sie wird kommen – spätestens nach der Bundestagswahl. Wenn die Bundesregierung weiter den Kopf in den Sand steckt, werden Gerichtsbeschlüsse dafür sorgen.“, kritisiert **Jörg Frank**.

Schließlich erhielt die Verwaltungsvorlage zusammen mit dem [schwarz-grünen Zusatzantrag](#) eine knappe Mehrheit (CDU, GRÜNE, GUT, OB). In der Schlussabstimmung wollte dann die SPD nicht weiter abseits stehen und stimmte doch zu. Durch den CDU/GRÜNE-Zusatzantrag werden nun alle von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen geprüft – mit Ausnahme der City-Maut, weil sich CDU und GRÜNE darauf verständigten, dass diese aufgrund der Kosten-Nutzen-Relation zu den am wenigsten geeigneten Instrumenten gehöre. Mit dem nun erfolgten Beschluss begrüßt der Rat die Initiative der Verwaltung, ein Gesamtkonzept zur Luftschadstoffreduzierung zu erarbeiten. Aber er stellt auch die Verantwortlichkeiten klar: „Die Fortschreibung des [Luftreinhalteplans](#) für den Regierungsbezirk Köln liegt in der Verantwortung und Durchführung der Bezirksregierung Köln. Daher können z.B. temporäre Fahrverbote auf belasteten Straßenabschnitten oder z.B. eine City-Maut nur auf Basis einer entsprechenden Verfügung der Bezirksregierung Köln realisiert werden.“

TOP 10.24 Verstoß gegen die Treuepflicht

Der Rat stellte einstimmig fest, dass Roger Beckamp, Ratsmitglied der rechtspopulistischen AfD-Fraktion [gegen seine Treuepflicht als Ratsmitglied](#) nach §§ 32, 43 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen verstoßen hat. In der Ratssitzung am 14.02.2017 hatte Beckamp der Oberbürgermeisterin ein von ihm erstelltes und an die Stadt Köln gerichtetes Schreiben überreicht, mit dem er als bevollmächtigter anwaltlicher Vertreter der AfD die Stadt Köln unter Fristsetzung zur Abgabe einer „Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung“ sowie zum Ausgleich der Kosten in Höhe von 1.171,67 € aufforderte, die der AfD durch seine Tätigkeit entstanden seien. Ratsmitglieder stehen in einer besonderen Loyalitätspflicht gegenüber der Gemeinde. Diese in der Gemeindeordnung verankerte Treuepflicht legt fest, dass einem Ratsmitglied untersagt ist, öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Ansprüche anderer gerichtlich oder außergerichtlich gegen die Gemeinde geltend zu machen. Das rechtswidrige Vorgehen des AfD-Ratsmitglieds ist ein weiterer Beleg dafür, dass die AfD mit dem demokratischen Rechtsstaat auf Kriegsfuß steht.

TOP 10.25 Gute Schule 2020 Umsetzung

Der Rat beschloss einstimmig, dass die Verwaltung nun mit dem Förderprogramm [„Gute Schule 2020“](#) Landesfördermittel von jährlich 25 Mio. € in den Jahren 2017-2020 beantragen kann, um wichtige Maßnahmen umzusetzen, für die bislang die Mittel fehlten, so z. B. Verschönerungs- und Renovierungsmaßnahmen in Schulen, Breitbandanbindung und WLAN-Ausstattung sowie die Vervollständigung und Modernisierung von CAS-Verkabelungen an bis zu 86 Schulen. Das Maßnahmenpaket beinhaltet auch die Ausstattung der Grundschulen mit Außenspielgeräten, Fahrrad- sowie Rollerständen und für die weiterführenden Schulen die Ausstattung mit Außensportgeräten wie Tischtennisplatten, Basketballkörben, Toren, aber auch Sitzgelegenheiten sowie technische Geräte. Außerdem sind der Bau zusätzlicher Sporthallen und der Kauf von Containeranlagen zur kurzfristigen Schaffung von Schülerplätzen vorgesehen.



TOP 10.29 Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte

In Köln herrscht Schulnotstand. Angesichts weiter wachsender Schülerzahlen und des akuten Mangels an Schulplätzen beschloss der Rat ein [Sonderprogramm für die Planung und Errichtung von 15 Schulbauten](#) an 11 Standorten, die an General- beziehungsweise Totalunternehmer vergeben



werden sollen. Dadurch sollen der Schulbau beschleunigt und alle Projekte in einem Zeitrahmen von maximal 5 Jahren fertig sein. Dieses sinnvolle und dringend notwendige Vorgehen unterstützen die GRÜNEN. Hierdurch soll der Schulbau endlich an Fahrt gewinnen, Neubauten fristgerecht umgesetzt und neue Schulplätze geschaffen werden. Die Änderungsanträge von [SPD](#) und [LINKE](#) lehnten die GRÜNEN zusammen mit CDU, FDP, GUT und Piraten ab, weil sie die Beschleunigung des Schulbaus torpediert hätten und keinen konstruktiven Beitrag zur Linderung der Notlage leisten.

TOP 10.30 Kooperatives Baulandmodell

Ziel der [Fortschreibung des Kooperativen Baulandmodells](#) ist, nun bei jedem Wohnungsbauvorhaben,



das einer städtischen Planung bedarf, verbindlich mindestens 30% öffentlich geförderten Wohnungsbau festzusetzen. Die Beteiligung der Investoren an den bestehenden Infrastrukturkosten bleibt erhalten. Dies bedeutet, dass es für die Investoren nun keine Möglichkeit mehr gibt, sich vor dem Bau von öffentlich geförderten Wohnungen zu drücken. Für Köln heißt dies, dass nun stadtwweit der öffentlich geförderte Wohnungsbau vorangetrieben werden kann und die Anzahl von preiswerten Wohnungen wieder steigt. Der gemeinsame [Änderungsantrag von SPD, CDU und GRÜNE](#) ist ein hart ausgehandelter Kompromiss, um einen wichtigen Meilenstein zur Behebung des Wohnungsmangels zu erreichen. Deshalb hat die grüne Fraktion auch in Kauf genommen, dass die Fortschreibung in Gänze leider erst am 30.06.2018 greift. CDU und SPD bestanden auf einem sogenannten „Vertrauensschutz“ für Investoren, die ihre Grundstücke in der Zeit der alten weniger zwingenden Regelung gekauft haben. Vor allem die SPD tat sich in Investorenfreundlichkeit besonders hervor und verhinderte so eine bessere Lösung. Die Qualität im Wohnungsbau wird nun verbessert, da ab 75 Wohneinheiten ein städtebaulicher Wettbewerb erfolgen muss.

TOP 17.5 Neue Sachkundige Einwohnerin der grünen Ratsfraktion

Auf Vorschlag der grünen Ratsfraktion wählte der Rat Lisa Schopp zur sachkundigen Einwohnerin im Bauausschuss und im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. Mathias Wittmann war als sachkundiger Einwohner ausgeschieden, da er sich auf sein Mandat als stimmberechtigter sachkundiger Bürger im Ausschuss Umwelt und Grün konzentrieren möchte. Lisa Schopp, Masterabsolventin in energieeffizientem und nachhaltigem Bauen, wird nun das grüne Team im Fachausschuss verstärken.

TOP 23.6 Anmietung und Ankaufoption der Internationalen Friedensschule

Der Stadtrat hat mit großer Mehrheit - gegen die SPD - die Verwaltung beauftragt, das Gebäude und Schulareal der „Internationalen Friedensschule“ zu erwerben. Somit können nun der Fortbestand der



bestehenden Schulen - eine Grundschule und eine internationale Schule mit Englisch als Unterrichtssprache – gesichert und zugleich Räumlichkeiten für das neu zu gründende öffentliche Gymnasium geschaffen werden. „Die private Internationale Friedensschule bleibt, ein neues öffentliches Gymnasium kommt hinzu. Eine erfreuliche Win-Win-Situation.“, so **Horst Thelen**, schulpolitischer Sprecher der grünen Ratsfraktion.

Im Stadtbezirk Lindenthal besteht großer Bedarf für ein weiteres Gymnasium. Bislang fehlte dafür ein geeignetes Grundstück bzw. Gebäude. Mit dem nun möglichen Kauf des Schulgebäudes der Friedensschule kann sowohl die Friedensschule erhalten, als auch das benötigte neue Gymnasium realisiert werden. Durch den Ausstieg des Privateigentümers aus der internationalen Friedensschule

bestand die Gefahr ihrer Schließung. Da auch diese Schule eine Bereicherung für die Kölner Schullandschaft ist, hat sich die grüne Fraktion für ihren Erhalt eingesetzt. Bis 2022 plant die Friedensschule, an einem anderen Standort ein neues Schulgebäude zu errichten. Dann wird aus dem Interim für das neue öffentliche Gymnasium ein städtisches Gymnasium, das auf Dauer im jetzigen Gebäude der Friedensschule bleibt.

[Komplette Tagesordnung der Sitzung Rat incl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln
Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de
www.gruenekoeln.de
V.i.S.P.: Jörg Frank, Geschäftsführer